



25. November 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Haushalt 2023 stärkt Zusammenhalt in der Zeitenwende**
 - **Wir stärken unsere Justiz (Einzelplan 7 - Justiz und Verbraucherschutz)**
 - **Mehr Geld für die Bereiche Gesundheitsprävention, Digitalisierung und internationale Gesundheit (Einzelplan 15 – Gesundheit)**
- **Franke hält Eröffnungsrede Tag der Hochschulmedizin 2022**
- **200 Euro mehr für Studierende, Fach- und Berufsschülerinnen und -schüler**
- **Wir erhöhen das Kindergeld**
- **Mit aller Kraft gegen Gewalt an Frauen**
- **Bilder der Woche**

Haushalt 2023 stärkt den Zusammenhalt in der Zeitenwende

Wir haben mit dem Bundeshaushalt 2023 die schwierige Balance aus notwendigen Investitionen in die Zukunft, gesellschaftlichem Zusammenhalt unseres Landes und haushaltspolitischer Vernunft geschafft. Dieser Haushalt steht für soziale Gerechtigkeit auch in der Zeitenwende.

Zudem gehen wir wichtige Zukunftsinvestitionen an.

Unsere Haushaltspolitik zeigt, dass diese Koalition gemeinsam an Lösungen arbeitet, statt das Trennende zu suchen. Wir wollen gemeinsam die Zukunft gestalten und stemmen uns mit aller Kraft gegen die Klimakrise und gegen die immensen Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Diesen Krisen begegnen wir entschlossen und mit der Überzeugung, dass unser Handeln einen Unterschied macht.

Mit der Umsetzung des Entlastungspaketes unterstützen wir diejenigen, die inmitten einer der schwersten Krisen seit Bestehen der Bundesrepublik dringend Hilfe brauchen. Das Bürgergeld, die Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten, all das findet sich im neuen Haushalt wieder. Gleichzeitig stehen wir zu unserer internationalen Verantwortung.

Einzelplan 7 - Justiz und Verbraucherschutz

Wir stärken unsere Justiz

Diese Woche ist Haushaltswoche im Deutschen Bundestag. Die Abgeordneten entscheiden nach langen Beratungen, wie genau der Bundeshaushalt für das kommende Jahr aussehen soll.



Esther Dilcher während den Haushaltsberatungen mit Dirk Wiese

Die Verabschiedung des Haushalts 2023 stärkt unseren Rechtsstaat. Es werden nicht nur verschiedene Projekte unterstützt, die auf direktem Wege Menschen unterstützen und Sicherheit für sie schaffen, der Rechtsstaat wird darüber hinaus digitaler, handlungsfähiger und flexibler für seine Bürgerinnen und Bürger.

Um die Digitalisierung der Justiz weiter voranzubringen, einen bürgerfreundlichen und effektiven Rechtsstaat zu gewährleisten, erhält der Etat des Bundesjustizministeriums einen Aufwuchs von 200 Mio. Euro über 4 Jahre verteilt für den Pakt für den digitalen Rechtsstaat.

Auch die erste gemeinnützige Beratungsstelle gegen Hass im Netz, Hate Aid, erhält weitere 1,2 Mio. Euro für ihre Arbeit zur Beratung von Betroffenen und deren Aufklärung über ihre Rechte.

Ein wichtiges Projekt zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt ist die App „Gewaltfrei in die Zukunft“. Diese erhält im kommenden Jahr wieder Mittel in Höhe von 150.000 Euro und wird danach bundesweit massiv über den Haushalt des Bundesministeriums des Innern ausgebaut.

Auch das Führungszeugnis soll künftig digital erstellt werden können, wofür das Bundesamt für Justiz einen deutlichen Stellenaufwuchs zugesprochen bekommt.

„Wir nehmen in diesen Haushalt viele tolle Projekte auf, die bislang keine Förderung erhalten haben“, so die Abgeordnete Dilcher. „Projekte die wir bereits gefördert und die sich bewährt haben unterstützen wir weiter. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit diesem Haushalt eine gute Grundlage für unseren Rechtsstaat und Justiz für das kommende Jahr bereiten.“



Esther Dilcher ist Mitglied im Rechtsausschuss

Einzelplan 15 - Bundesministerium für Gesundheit

Mehr Geld für die Bereiche Gesundheitsprävention, Digitalisierung und internationale Gesundheit

Der Etat für das Bundesministerium für Gesundheit ist im Rahmen der Haushaltsverhandlungen um knapp 2,5 Mrd. Euro von 22 Mrd. auf 24,5 Mrd. Euro gestiegen.

Das hat vor allem mit den Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für SARS-CoV-2-Pandemie verursachte Belastungen im Umfang von 1,2 Mrd. Euro zu tun. Knapp 1,2 Mrd. Euro sind zudem für Zuschüsse zur Impfstoffbeschaffung und Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich vorgesehen.

Wir haben mit der Ampelkoalition vor allem in den Bereichen Gesundheitsprävention, Digitalisierung und internationale Gesundheit mehr Geld eingesetzt und damit die Umsetzung zentraler Punkte des Koalitionsvertrages angeschoben. Besonders erfreulich dabei ist, dass auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion der Haushaltsausschuss in der Bereinigungssitzung zum Haushalt 2023 die Mittel für die Digitalisierung erhöhen konnte. Dadurch kann die Versorgungsqualität verbessert, Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und Personal entlastet werden.

So werden finanzielle Einsparpotentiale im erheblichen Umfang möglich. Das geht eindeutig in die richtige Richtung. Insbesondere sind 5 Mio. Euro für die Digitale Transformation bestimmt. Sie sollen der Digitalisierungsstrategie und Modellprojekten zur telemedizinischen Versorgung und Förderung von digitalen Testregionen dienen.

Eine weitere Mio. Euro ist gedacht für die Einbindung des Notaufnahmeregisters in die Krankenhauskapazitäts-Surveillance zur Erfassung der somatischen Behandlungskapazitäten in den Notaufnahmen der Krankenhäuser.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass wir den Mittelansatz im Bereich Förderung der Kindergesundheit wieder auf Vorjahresniveau heben konnten. Von den zusätzlichen Mitteln soll mit 200.000 Euro eine Koordinierungsstelle für die Förderung klinischer Studien zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit bei Kindern und Jugendlichen finanziert werden.

Außerdem soll mit 150.000 Euro ein Pilotprojekt zur Versorgung von Kindern mit schweren angeborenen Hauterkrankungen finanziert werden.

Für eine starke gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung haben wir den „Nationalen Präventionsplan“ mit 850.000 Euro unterlegt und für Beratungen zu LongCovid über 600.000 Euro bereitgestellt. Für weitere Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs stehen eine Mio. Euro zur Verfügung. Davon sind insbesondere begleitende Maßnahmen im Rahmen der geplanten Cannabislegalisierung zu finanzieren.

Außerdem haben wir für den Deutschen Pflegerat Mittel in Höhe von 900.000 Euro für die Jahre 2024 und 2025 gesichert. Schließlich ist für 2023 ein Zuschuss an die Aktion Psychisch Kranke e.V. in Höhe von 150.000 Euro vorgesehen, da der bisherige „Psychiatriedialog“ wertvolle Impulse zur Weiterentwicklung des Versorgungsangebots innerhalb des SGB V gegeben hat.

Franke hält Eröffnungsrede Tag der Hochschulmedizin 2022

Welche Rolle werden die Universitätskliniken in Zukunft spielen? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der diesjährigen Eröffnungsrede zum Tag der Hochschulmedizin in der Berliner Charité.

Edgar Franke hat diese Rede als Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesgesundheitsministers Prof. Lauterbach gehalten. Seine zentrale Botschaft: Die Unikliniken sind und bleiben die Leuchttürme in der deutschen Krankenhauslandschaft.

„Seit über 2,5 Jahren leisten Sie einen unverzichtbaren Beitrag zur

Pandemiebewältigung. Nur dank Ihnen konnten wir überhaupt flächendeckend eine hochwertige Gesundheitsversorgung aufrechterhalten“, so der Staatssekretär zu den anwesenden Hochschullehrern und Ärzten.



In Unikliniken wurden viele Patienten mit schwerem Corona-Verlauf intensivmedizinisch behandelt. Daneben wurden dort auch Menschen mit anderen schweren Erkrankungen umfassend versorgt. Auch in Zukunft werde man die Universitätsmedizin brauchen, um beispielsweise Long-COVID-Betroffene zu behandeln, hob Franke hervor.



Wegen der wichtigen Rolle, die die Universitätskliniken und die Krankenhäuser im Allgemeinen in der Pandemie spielen, seien auch die Bundes-Hilfszahlungen in Höhe von rund 21 Milliarden Euro für Kliniken richtig gewesen. Doch die geopolitische und gesamtgesellschaftliche Lage habe sich seit besagten Beschlüssen weiter

verschärft. Wegen der aktuellen Inflations- und Energiekrise habe man als Bund nachgelegt, damit niemand im Krankenhaus frieren müsse, so Franke weiter. So werden die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen von der Gas- und Strompreiskontrolle profitieren. Außerdem gibt es für sie ein zusätzliches Hilfsprogramm zum Ausgleich der gestiegenen Energiekosten. Hierfür stellt der Bund über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds insgesamt 8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Franke ging abschließend noch auf die geplante Krankenhausreform ein. Nach wie vor sieht Franke viele Baustellen – zum Beispiel gebe es noch immer finanzielle Fehlanreize, wodurch sich beispielsweise eine qualitativ hochwertige Grundversorgung nicht immer lohne. „Deshalb brauchen wir eine große Strukturreform. Klar ist dabei: Die Spitzenversorgung wird auch in der Zukunft des deutschen Krankenhauswesens eine besondere Rolle spielen“, betonte der Staatssekretär.



200 Euro mehr für Studierende, Fach- und Berufsschülerinnen und -schüler

Jetzt endlich kommt die Energiepreispauschale für alle Studierenden, Fach- sowie Berufsschülerinnen- und Berufsschüler. 200 Euro zusätzlich werden ausgezahlt, um die gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten abzufedern.

Diese Unterstützung ist für Studierende besonders wichtig, da ihr Armutsrisiko im Vergleich zur Gesamtgesellschaft deutlich erhöht ist. Die Einmalzahlung richtet sich konkret an alle Studierenden, die zum 1. Dezember 2022 an einer Hochschule in Deutschland immatrikuliert sind. Das sind aktuell rund drei Millionen Studierende. Darunter fallen auch Promotionsstudierende sowie Studierende in Teilzeit, in einem Urlaubssemester oder einem dualen Studium.



Ebenfalls können Personen anspruchsberechtigt sein, die einen Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld bekommen haben bzw. bekommen. Dazu haben etwa 450.000 Fachschülerinnen- und Schüler sowie Berufsschülerinnen- und Schüler einen Anspruch, wenn sie aktuell eine mindestens zweijährige Ausbildung absolvieren. Die Einmalzahlung ist sozialversicherungsfrei und nicht steuerpflichtig. Wichtig ist, dass die Energiepreispauschale beantragt werden muss.

Über die konkrete Ausgestaltung müssen sich Bund und Länder aktuell verständigen, um das Geld schnell und unbürokratisch möglichst schon im Januar 2023 auszahlen zu können. Hierzu soll eine digitale Antragsplattform bereitgestellt werden. Hierzu soll eine digitale Antragsplattform bereitgestellt werden.

„Der Armutsbericht hat gezeigt, dass insbesondere Studierende und Berufsschülerinnen und -schüler sich viel zu häufig unterhalb der Armutsgrenze befinden. Ich freue mich, dass wir diese Gruppe mit der Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro unterstützen können“, so die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher.

Wir erhöhen das Kindergeld auf 250 Euro!

Ab
Januar
2023!

SPD
Fraktion im
Bundestag

Wir erhöhen das Kindergeld

Das Kindergeld wird ab dem kommenden Jahr noch einmal deutlich erhöht. Ab Januar 2023 wird das Kindergeld für jedes Kind nunmehr 250 Euro betragen.

Damit soll spezifisch den aktuell gestiegenen Preisen für Lebensmittel, Energie, Miete und weiteren Lebenshaltungskosten begegnet und diese in Teilen kompensiert werden können. Die Erhöhung ist die höchste seit 1996 und bedeutet als

Rechenbeispiel für eine Familie mit zwei Kindern: 744 Euro mehr pro Jahr. Diese Entlastung durch das Kindergeld, als weiterhin wichtigste bestehende Familienleistung, schafft eine gewisse Sicherheit für Familien und reiht sich damit in die weiteren Entlastungsmaßnahmen für Familien ein.

„Es ist mir wichtig, dass wir derzeit möglichst unbürokratisch versuchen, unsere Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen“, so Esther Dilcher. „Die Erhöhung des Kindergelds ist jetzt ein schneller Schritt, um dies zu erreichen und außerdem stellen wir sicher, dass alle Kinder gleich viel wert sind.“

Mit aller Kraft gegen Gewalt an Frauen

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Noch immer gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität – weltweit und auch in Deutschland. Das muss sich ändern! Wir machen uns stark für ein gewaltfreies Leben aller Frauen.

Gewaltbetroffene Frauen brauchen verlässlichen Schutz. Das Recht darauf wird für jede Frau und ihre Kinder abgesichert. Mit dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen

Gewalt an Frauen“ wird bereits erfolgreich der bundesweite Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen gefördert.

„Wir werden einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen und das Hilfesystem bedarfsgerecht ausbauen. Künftig ist eine Bundesbeteiligung an der Regelfinanzierung vorgesehen“ erklärt MdB Dilcher.

Auch das Strafrecht wird konkretisiert und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufgenommen. Ist eine Straftat durch das Geschlecht des Opfers motiviert, soll dies zu einer Verschärfung der Strafe führen.

„Unser Koalitionsvertrag ist auch ein Vertrag für ein gewaltfreies Leben für Frauen. Für uns ist klar:

Die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen müssen immer ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Dafür machen wir uns stark“, betont Esther Dilcher.

Und weiter: „Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Strategie gegen Gewalt ein. Dabei wollen wir besonders die Gewaltprävention und Rechte der Betroffenen in den Fokus nehmen. Als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden wir die Istanbul-Konvention mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vollständig umsetzen.“



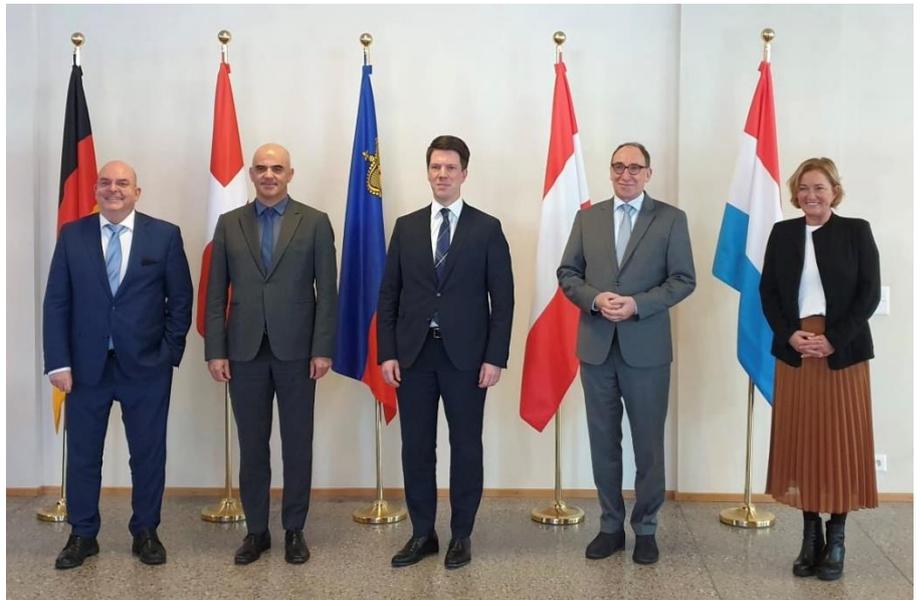
Bilder der Woche

Beim **10. Treffen der deutschsprachigen Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister in Liechtenstein** vertrat Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Edgar Franke den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach.

Themen waren die Corona-Pandemie und auch Fragen der Digitalisierung, also wie wir in Zeiten von grenzüberschreitenden Problemen im Herzen Europas in Zukunft noch enger zusammen arbeiten können.

Die Teilnehmer des nunmehr 10. Treffens der deutschsprachigen

Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister in Liechtenstein (von links): Staatssekretär Edgar Franke (Deutschland), Bundesrat Alain Berset (Schweiz),



Regierungsrat Manuel Frick, Bundesminister Johannes Rauch (Österreich) und Vizepremierministerin Paulette Lenert (Luxemburg).



Es wurde auch im Rahmen des 10.

Gesundheitsquintetts der deutschsprachigen Gesundheitsminister eine Schlusserklärung unterzeichnet.

Gesundheitskiosk mit Ministerpräsident Ramelow eingeweiht



In Urleben in Thüringen wurde der erste Gesundheitskiosk eröffnet. Dieser soll die Zukunft der Gesundheitsvorsorge auf dem Land sichern und revolutionieren.

Zum feierlichen Banddurchschnitt vor dem Bauwerk kamen Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Bildmitte) und Edgar Franke, der Parlamentarischer Staatssekretär

beim Bundesgesundheitsminister (3. von links).

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will bundesweit 1000 Gesundheitskioske einrichten. „Ich glaube, dass das Konzept ein richtiges ist“, so Franke gegenüber Ministerpräsident Ramelow. „Denn gerade im ländlichen Raum müssen wir auch neue Wege gehen.“



Informationsbesuch in der interkulturellen Ambulanz der UKGM (Uni Klinik Gießen Marburg) in Gießen

Edgar Franke im Bild rechts mit Aysenur Aydin und Prof. Dr. Yasar Bilgin sowie den Dekanen. Am Gespräch nahm auch der Ärztliche Direktor, Prof. Dr. Andreas Böning, teil.

Gesundheitsregion Nordhessen

In Kassel fand am Ständeplatz mit dem Regionalmanagement Nordhessen ein sehr intensiver Austausch zum Zukunftsthema „Gesundheitsregion Nordhessen“ statt. Um eine qualitative hochwertige flächendeckende Versorgung zu gewährleisten wird die



Abstimmung und der Dialog im Hinblick auf die einzelnen Akteure im Gesundheitswesen immer wichtiger. Auch zu Fragen der Fachkräftegewinnung im Gesundheitswesen tauschte man sich aus.

Im Bild oben von links Regionalmanagement Geschäftsführer Kai Georg Bachmann und Edgar Franke.

Traditionelle Übergabe des Weihnachtsbaumes

Es ist seit 15 Jahren eine gute Tradition, dass ein wundervoll geschmückter Weihnachtsbaum durch die **Bundesvereinigung Lebenshilfe** an die Abgeordneten des Parlamentes übergeben wird.

In diesem Jahr wurde die Weihnachtszeit mit dem Lied „Ist da jemand“ des Komponisten Adel Tawil eingestimmt – vorgetragen vom Chor „Notenträumer“ der Lebenshilfe aus Braunschweig.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 1, 5, 6, 10, 11 sowie 12 oben Edgar Franke, Seiten 2, 3, 9 und 12 unten Esther Dilcher, Seite 6 Image by [Nikolay Georgiev](#) from [Pixabay](#), Seite 7 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion,.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.